

Antrag

der Abgeordneten Bernd Schattner, Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, Dr. Christina Baum, Stephan Brandner, Jürgen Braun, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Karsten Hilse, Nicole Höchst, Steffen Janich, Dr. Malte Kaufmann, Norbert Kleinwächter, Barbara Lenk, Mike Moncsek, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt, Uwe Schulz, Dr. Harald Weyel, Wolfgang Wiehle und der Fraktion der AfD

Welthunger ideologiefrei bekämpfen – Stilllegungsflächen und ökologische Vorrangflächen für Nahrungs- und Futtermittelproduktion freigeben

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Ukraine-Krieg, die Corona-Krise und die steigenden Auflagen für die deutschen Landwirte, haben in den vergangenen Wochen zu einem erheblichen Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise geführt. Die diskutierten Regelungen einer Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), welche ohnehin schon um zwei Jahre verschoben wurden, sind unter diesen Umständen nicht mehr tragbar und müssen dringend überarbeitet werden. Da aber die EU-Kommission um Fertigstellung der Strategiepläne drängt, wäre dies nur noch zu vereinzelt aber essenziellen Punkten möglich.

Deswegen sollte die primäre Aufgabe der Landwirte, nämlich die Lebensmittelproduktion als vorrangiges Ziel in der EU deklariert werden.

„Obwohl beispielsweise der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, anlässlich des Ukraine-Kriegs vor einer Nahrungskrise, einem „Wirbelsturm des Hungers“ warnt, können sich die Grünen maximal dazu durchringen, Exportstopps anderer Länder zu verurteilen. Frei nach dem Motto: Die anderen sollen produzieren, wie, ist uns egal. So warf der Grünen-Europapolitiker Martin Häusling erst vor wenigen Tagen Wladimir Putin vor, Getreide als Waffe einzusetzen. Doch die Lösung Häuslings – wie auch von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir – ist es nicht, die heimische agrarische Produktion effizienter zu machen. Stattdessen wollen sie die deutsche Tierhaltung zurückfahren, damit weniger Getreide in Trögen landet.“¹

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die bisher vorgesehenen 4 bis 7 Prozent in der GAP ab 2023 für Stilllegungsflächen zu streichen und forciert Nahrungs- bzw. Futtermittel herzustellen;

¹ www.agrarheute.com/politik/nahrungskrise-gruene-agrarpolitik-moralischem-bankrott-591547

2. Stickstoffsouveränität herzustellen und den Einsatz von organischen Düngemitteln und stickstofffixierenden Pflanzen vorübergehend zu fördern;
3. ökologische Vorrangflächen für den Anbau von Nutzpflanzen zur Lebensmittelproduktion vorübergehend freizugeben sowie Dünge- und Pflanzenschutzmittel auf diesen Flächen einzusetzen.

Berlin, den 1. April 2022

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Mit dem EU-Durchschnittsertrag von 6,1 t/ha Weizen können auf dieser Brachfläche 25,7 Mio. t Weizen erzeugt werden. Der Importbedarf zum Beispiel von Ägypten, Marokko, Tunesien, Algerien und Äthiopien betrage zusammen 28,5 Mio. t pro Jahr.

Dies würde bedeuten, dass die Getreidepreise noch höher steigen würden und der Hunger in der Welt zunimmt. Demzufolge werden auch Flüchtlingskrisen in Folge des Hungers eher die Regel als die Ausnahme werden.

In Frankreich soll neben der Düngerversorgung die Regierung auch die „Stickstoffsouveränität“ angehen und dabei die Gründüngung und den Einsatz organischer Düngemittel fördern.²

Auch die EU-Kommission hat sich dazu durchgerungen die Stilllegungsflächen aufgrund der derzeit angespannten Lage in der Ukraine zur Produktion von Halmfrüchten und Mais für das Jahr 2022 freizugeben und dabei auch Pflanzenschutzmittel und Mineraldünger auf diesen Flächen einzusetzen.³

² www.topagrar.com/energie/news/franzoesische-landwirte-werden-bei-energieabgaben-entlastet-13056313.html

³ www.proplanta.de/agrar-nachrichten/agrarpolitik/eu-kommission-gibt-stilllegungsflaechen-fuer-anbau-frei_article1648381701.html

